

# Rheingauer Bürgerfreund

ersch. Dienstags, Donnerstags und Samstags.  
an letztem Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt.

Anzeiger für Oestrich-Winkel

Abonnementspreis pro Quartal Mk. 1.50  
= (ohne Trägerlohn oder Postgebühr.)  
= Inseratenpreis pro sechsspaltige Petitzeile 20 Pfg.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Grösste Abonnentenzahl  
aller Rheingauer Blätter.

Expeditionen: Oestrich-Winkel u. Eltville.

Druck und Verlag von Adam Effenne in Oestrich.

Verlagsnummer No. 88.

Grösste Abonnentenzahl in  
Oestrich-Winkel u. Umgebung.

No 19

Donnerstag, den 13. Februar 1919

70. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

Ministerium für Landwirtschaft,  
Forsten und Fischerei.

Berlin W. 9, den 23. Dezember 1918.

Im Anschluß an die allgemeine Verfügung Nr. 3 67/1918 vom 7. Mai 1918 S. 2718 — wird die Regierung erneut auf die Notwendigkeit hingewiesen, besonders die minderbemittelten Kreise der Bevölkerung ausreichend mit Brennholz zu versorgen und ihnen den Bezug desselben nach Möglichkeit zu erleichtern. Hierzu zwingt nicht nur der immer bedrohlicher werdende Kohlenmangel, sondern auch die Notwendigkeit, etwa brachliegende Arbeitskräfte — auch von Frauen und Jugendlichen — in nutzbringender Weise zu beschäftigen.

Von den im Vorjahre bewährten Verfahren, Brennholz, in Sonderheit auch Reis- und Strohholz zur Selbstversorgung zu mäßigen Preisen und in der Nähe der Verbrauchsorte, nötigenfalls durch Vermittlung der Gemeinden, freihändig zu verkaufen, wolle die Regierung daher in weitestem Umfange Gebrauch machen. Auch in Bezug auf Ausübung der Raff- und Verschlagung erwarten wir, daß den Bedürfnissen der Bevölkerung gegenüber jedes vertretbare Entgegenkommen gezeigt wird.

gez. Braun, gez. Hofer.

An die Magistrate und Herren Bürgermeister

Ab schrift erhalten Sie zur Kenntnisnahme und mit dem Ersuchen, der obigen Anregung zu entsprechen.  
Mädelsheim a. Rh., den 7. Februar 1919.

Der Landrat.

Der Kreisaußschuß hat folgende Personen als Schiedsmänner zur Abklärung der auf polizeiliche Anordnung getriebenen Tiere für die Jahre 1919, 1920 und 1921 bestellt:

1. Kilius, Joh., Fuhrunternehmer zu Ahmannshausen;
2. Jung, Hermann, Gutsbesitzer zu Ahmannshausen;
3. Meckel, Alphonse, zu Ahmannshausen;
4. Striech, Heinrich, zu Ahmannshausen;
5. Brauer, Christian III., zu Ahmannshausen;
6. Betz, Johann, Ahmannshausen;
7. Fendel, Friedrich, zu Elbingen;
8. Siegfried, Heinrich, Landwirt, zu Elbingen;
9. Degus, Philipp, zu Elbingen;
10. Fischer, Jakob, Gutsbesitzer, Hof Steinhelm bei Eltville;
11. Vogel, Ludwig, Gutsbesitzer, Hof Drals bei Eltville;
12. Dörsenfeld, Wilhelm, Gutsbesitzer zu Eltville;
13. Schwarz, L., Administrator zu Erbach;
14. Fischer, S., Fuhrunternehmer, zu Erbach;
15. Böhrer, Georg Josef, Privatier, zu Erbach;
16. Korn, Nikolaus II., Bürgermeister a. D., zu Eppenschied;
17. Runk, Hubert, Landwirt, zu Eppenschied;
18. Kriß, Johann, Landwirt, zu Eppenschied;
19. Schill, Jean, Gutsbesitzer, zu Eppenschied;
20. Hiffenauer, Heinrich, Gutsbesitzer, zu Weissenheim;
21. Gumbel, Karl, Verwalter und Gutsbesitzer, zu Weissenheim;
22. Kremer, Peter Josef L., Gemeinderat, zu Hallgarten;
23. Müller, Jakob, Landwirt, zu Hallgarten;
24. Semmler, Anton III., Landwirt, zu Hallgarten;
25. Stassen, Karl, Gutsbesitzer, zu Hallgarten;
26. Clausen, Adam, Verwalter, zu Hallgarten;
27. Horne, Heinrich, Gutsbesitzer, zu Hallgarten;
28. Brandt, Heinrich, Gutsbesitzer, zu Johannsberg;
29. Ferber, Karl, Gutsbesitzer, zu Johannsberg;
30. Schamart, Peter, Gutsbesitzer, zu Johannsberg;
31. Barckler, Josef, Metzgermeister, zu Altdorf;
32. Schiller, Philipp, Landwirt, zu Altdorf;
33. Staab, Nikolaus, Landwirt, zu Altdorf;
34. Thomas, Franz Jakob, zu Lorch;
35. Müller, Valentin, zu Lorch;
36. Pohl, Johann Lorenz, Fleischbeschaumer, zu Lorchhausen;
37. Wittenmann, Karl Josef, Winger und Schöpfer, zu Lorchhausen;
38. Dreis, Philipp, zu Lorchhausen;
39. Jang, Andreas, Gutsbesitzer, zu Mittelheim;
40. Berg, Wilhelm, Metzger, zu Mittelheim;
41. Schönlender, Josef, Gutsbesitzer, zu Mittelheim;
42. Böhrer, Georg Josef, Landwirt, zu Neuborf;
43. Gunkel, Franz Josef, Landwirt, zu Neuborf;
44. Engelmann, Johann IV., zu Neuborf;
45. Keppel, Josef I., Landwirt, zu Niederwalluf;
46. König, Kaspar I., Landwirt, zu Niederwalluf;
47. Ferber, Nikolaus, Landwirt, zu Niederwalluf;
48. Ott, Philipp, zu Oberwalluf;
49. Einger, Philipp, zu Oberwalluf;
50. Jöhlen, Josef, zu Oberwalluf;
51. Schneider, Josef, Gutsbesitzer, zu Oestrich;
52. Windolf, Kaspar, Gutsbesitzer, zu Oestrich;
53. Wollmerscheid, Bernhard, Gutsbesitzer, zu Oestrich;
54. Verscheid, Simon, Landwirt und Gemeinderat, zu Oestrich;
55. Dreier, Hubert, Landwirt, zu Bressberg;
56. Christ, Hubert, Landwirt, zu Bressberg;
57. Ross, Valentin, zu Ransel;
58. Kiesel, Johann I., Landwirt, zu Ransel;
59. Albus, Anton, Landwirt, zu Rautenthal;
60. Klein, Josef, Landwirt, zu Rautenthal;
61. Sturm, Peter Josef I., Landwirt, zu Rautenthal;
62. Endlich, Johannes, Gutsbesitzer, zu Radesheim;
63. Wilson, Philipp, Gutsbesitzer, zu Radesheim;
64. Schön, Baptist, Fuhrmann, zu Radesheim;
65. Wilmlein, Gerhard, Landwirt, zu Winkel;
66. Wollung, Josef, Fleischbeschaumer, zu Winkel;
67. Nag, Adam, Verwalter, zu Winkel;
68. Körber, Georg IV., zu Stephanshausen;
69. Vich, Michael, zu Stephanshausen;
70. Vich, Alonius, zu Stephanshausen;
71. Schulz, Martin, Landwirt und Gemeinderat, zu Wollmerschied;
72. Scherber, Peter, Landwirt, zu Wollmerschied;
73. Schwan, Franz, Landwirt, zu Wollmerschied.

Mädelsheim a. Rh., den 25. Januar 1919.

Der Landrat.

## Bekanntmachung.

Der sehr gefährliche Feind unserer Apfelbäume, die Blattlaus, hat sich bei uns nur zu stark eingebürgert und ist deshalb auch so bekannt, daß es einer besonderen Beschreibung nicht bedarf. Eine solche ist übrigens im Regierungsamtsblatt von 1884, Seite 46 zu finden und sind die Abbildungen des Schädlings in fast sämtlichen Bürgermeistereilokalen vorhanden.

Zur Bekämpfung des Schädlings im Sommer empfehle ich 10prozentige Harzölseife (10 Liter Harzölseife zu 100 Liter Wasser), zur Bekämpfung im Winter 15prozentige Carbolineumlösung (15 Liter wasserlösliches Carbolineum zu 100 Liter Wasser). Mit diesen Mitteln werden die befallenen Stellen tüchtig eingestrichen. Bei der Winterbehandlung dürfen die Knospen nicht mitgestrichen werden.

Ich veranlasse die Herren Bürgermeister, vorstehende Anordnung durch ortsübliche Bekanntmachung, in Gemeindeversammlungen und auf jede sonst geeignet erscheinende Art wiederholt und eindringlich den Obstbaumbesitzern zur Kenntnis zu bringen und sie zur sorgfältigen Befolgung anzuhalten. Zugleich ist mit Gemeinderat und Feldgericht zu beraten, in welcher Weise die Ausführung kontrolliert und seitens der Gemeinde unterstützt werden kann.

Mädelsheim a. Rh., den 3. Februar 1919.

Der Landrat.

## Die Bedeutung der Parteien.

In der Demokratie nimmt die Masse der Bürger, das Volk, die Verantwortung für die Regierung des Landes auf seine eigenen Schultern. Der Bürger muß also Politik treiben, sie ist seine Pflicht, sein Beruf geworden. Genau so wie der Handwerker, Kaufmann, Arbeiter seine wirtschaftlichen Interessen vertreten muß, sollen diese nicht zu seinem Schaden vernachlässigt werden.

Politik als Führung der Staatsgeschäfte ist aber eine Kunst; sie will ebenso gelernt und in verständige Hand gelegt sein, wie jedes andere Handwerk und Amt. Ein nicht geringer Teil der Bürger bringt aus geistiger Schwermüdigkeit, Gleichgültigkeit oder Stumpfheit der Politik überhaupt kein anderes Interesse als das Interesse des Moments entgegen. Genügen diese schon den Anforderungen ihrer Familie, ihres Berufs nur in becheidenem Maße, wie will man von ihnen aus Eigenem ein selbständiges politisches Urteil erwarten? Sie müssen sich also auf das politische Urteil anderer verlassen, zu denen sie Vertrauen haben können. Aber auch die über das Mittelmaß geistig Begabten und die Tüchtigen werden zumeist durch den Beruf so sehr in Anspruch genommen, daß sie sich nicht um alle Einzelheiten der Politik kümmern können. Auch sie müssen sich auf politische Führer verlassen.

So ist es auch in den Berufsorganisationen. Die große Mehrheit der Mitglieder wählt sich Führer aus Männern ihres Vertrauens, will bei wichtigen Entscheidungen die Gründe für und gegen hören oder lesen, will mit überlegen und mit entscheiden; im übrigen aber hat sie eben deshalb sich eine Organisation geschaffen, um vertrauenswürdige und kontrollierbare Führer und Berater zu haben. Der Erfolg spricht für diese Art und Weise der wirtschaftlichen Interessenvertretung. Tüchtig geleitete Organisationen verbreiten Sachkenntnis, gesundes Urteil, Solidaritätsgefühl unter ihren Mitgliedern und weisen gute Erfolge auf, während die Masse der Nichtorganisierten wenig erreicht und meist in Dunkelheit tappt, ein Spielball der eigenen Launen und Leidenschaften ist oder sich von falschen Ratgebern mißbrauchen läßt.

Darum fällt den politischen Parteien im demokratischen Staat die gleiche Aufgabe zu wie im Wirtschaftsleben den Berufsorganisationen, nämlich die Pflege der Staatsbürgergesinnung, der politischen Einsicht, Urteilsfähigkeit, Verantwortlichkeitsgefühl, insbesondere aber die Bildung des politischen Urteils, die Aufstellung eines Programms, die Vertretung desselben durch geschickten Einfluß in der Öffentlichkeit und in der Volksvertretung. Die Partei soll die Schuld der Staatsbürgerdisziplin sein, in Freiheit, Bildung und Selbstachtung. Wie die Berufsvereinigungen sich zur Aufgabe setzen, die Pflege des Standesbewußtseins und dem Standesehre, aber auch des Gemeinns gegen den Stand und die Allgemeinheit, so hat die politische Partei in der Demokratie die Aufgabe, im einzelnen Staatsbürger zu pflegen: Bürgerinn, Bürgerehre, Pflichtbewußtsein gegen Volk und Staat, die er entscheidend mitzugereichen hat. Das abschließende Urteil, das man im Wirtschaftsleben über die Unorganisierten ausspricht, gilt durchaus auch über die Bürger in der Demokratie, die ihr „Bürgeramt“ im Volksstaate vernachlässigen.

Wer sich also zur Demokratie, zur Volksregierung bekennt, der muß sich notwendigerweise politisch in einer Partei organisieren. Er muß auch andere bewegen, sich einer Partei anzuschließen. Er muß auch eifrig dafür sein, daß in der Partei Leben ist, daß sie die Anhänger schult und zur Erfüllung der Bürgerpflichten anbahnt.

So gewinnen also die politischen Parteien in der Demokratie eine ganz neue Bedeutung, als die Organisationen des staatsbürgerlichen Bewußtseins. Sie sind unentbehrliche Einrichtungen des staatsbürgerlichen Lebens, weil sie als Einrichtungen die sicherste Gewähr geben für geordnete Erfüllung der Bürgerpflichten. Sie bieten letzten den politischen und staatsmännlichen Begabungen

das Feld für erspriehliche Bekämpfung und ihre Entfaltung. Sie ziehen Tausende zur Mitarbeit heran und schulen sie dafür.

Auch im politischen Leben der Demokratie gelten und erreichen die parteipolitisch „Unorganisierten“ ebensoviele, als im Wirtschaftskampf des wirtschaftlichen Lebens. Bürger, organisiert auch darum alle in den Parteien!

## Die Nationalversammlung.

Annahme des Verfassungs-Entwurfes.

Es war am 10. Februar gerade 6 Uhr abends, als das erste Gesetzgebungsorgane der Nationalversammlung vollendet war. Seit dieser Stunde haben wir im Deutschen Reich wieder eine Verfassung. Es war ein historischer Augenblick, in welchem die Revolution zu Grabe getragen wurde und das deutsche Volk wieder in die Ära der Gesetzmäßigkeit eintrat. Wenn das Werk der Schaffung einer vorläufigen Verfassung in so kurzer Zeit vollendet werden konnte, so können sich alle Parteien das Verdienst daran zuschreiben.

Dem zweiten und dritten Tag der Lesung der Verfassungsvorlage folgte jedes aufregende Moment. Dann und wann wurde durch einen Antrag oder eine Ausführung der Unabhängigen Sozialdemokraten der ruhig dahinstiehende Strom der Verhandlungen durch eine leichte Welle der Erregung unterbrochen. Sonst hatte man vollständig den Eindruck, der Arbeit einer wohl-funktionierenden und gut eingearbeiteten Gesetzgebungs-maschine beizuwohnen. Ein Neben nach dem anderen trat vor die Versammlung, um bei der Generaldebatte die Stellungnahme seiner Partei in leidenschafts- und temperamentsvoller Weise zu verkünden. Dann folgte die Beratung der einzelnen Paragraphen, bei welchen eine Reihe von Änderungsanträgen, die zum Teil von den Vertretern aller Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen unterzeichnet waren, angenommen wurden. Von besonderer Bedeutung ist die Einführung eines von den genannten Parteien beantragten Tages in den § 2, welcher dadurch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht in die Verfassungsbestimmungen eintrug, daß er den Staatsantritt aus den Vertretern derjenigen deutschen Freistaaten gebildet wissen will, deren Regierung auf dem Befragen einer aus dem bezeichneten Wahlrecht hervorgegangenen Volksvertretung beruht. Während die Reichspräsidenten sonst über die gegenüber dem vorläufigen Verfassungsentwurf zu befolgende Taktik einer Meinung waren, waren die Meinungsverschiedenheiten über die Bestimmungen, welche die Zuständigkeit der Nationalversammlung auf der einen und der Einzelstaaten auf der anderen Seite regeln, trotz aller vorausgegangenen Verhandlungen nicht überbrückt worden. Der Wortführer der süddeutschen Staaten begnügte sich zwar damit, eine Erklärung der Reichsregierung zu provozieren, durch welche noch einmal festgestellt wurde, daß die zur Beratung stehende Vorlage nur provisorischen Charakter habe, und daß der endgültigen Verfassung nicht vorgegriffen werden soll.

Bei der dritten Lesung gab es eine kleine Debatte über die Geheimverträge, weil die Unabhängigen glaubten, daß durch die vorgesehene Fassung des § 6 die Entschlossenheit Deutschlands, sich unter allen Umständen von den Geheimverträgen abzuwenden, nicht genügend deutlich zum Ausdruck komme. Gegenüber dem die Rücksicht auf den guten Ruf Deutschlands durchaus vermessen lassenden Ausführungen der Unabhängigen Sozialdemokraten wurde vom Regierungstisch und aus dem Hause heraus scharf betont, daß eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit über die Notwendigkeit der Abschaffung aller Geheimverträge nicht bestehe, und daß man nur über die in der gegenwärtigen Situation einzuschlagende Taktik verschiedener Meinung sei. Die Vorlage schied mit der Kammerberatung: Unterschrift des Reichspräsidenten unter Gegenzeichnung des Reichsministers des Innern. Da aus der Nationalversammlung dagegen Einspruch erhoben wurde, weil dadurch die Souveränität der Nationalversammlung beeinträchtigt werde, so beschloß das Haus, diese Bestimmung fallen zu lassen und erteilte zum Schluß seinem Präsidenten die Vollmacht, seine Unterschrift unter das Gesetz zu setzen.

Die Regierung Ebert-Scheidemann hat unmittelbar nach der Annahme des Verfassungsentwurfes aus dieser Tatsache die Konsequenz gezogen, indem sie durch den Rumb Scheidemann erklärte, daß sie das von der Revolution erhaltene Mandat in die Hände der Nationalversammlung zurücklege. Es entsprach einer vorher getroffenen Vereinbarung, wenn der Abgeordnete von Baver die provisorische Regierung ersuchte, die Geschäfte weiterzuführen, bis der Reichspräsident gewählt und ein Reichsministerium gebildet sei.

## Tatkraft!

Tatkraft! das ist es, was man den wahren Volksbeauftragten, die in Weimar saßen, um in der Nationalversammlung des Deutschen Reiches die Bausteine des neuen Staatsgebäudes aufzustellen, in reichstem Maße wünscht. — Tatkraft! Wie vor sie notwendig, wie bedurfte ein Parlament ihrer mehr, als das Parlament von Weimar. Es handelt sich um Größes, um

Grundlegendes! In Weimar sitzen wir Deutsche wieder von vorne an. Das Staatsgebäude Bismarcks war nicht gut fundamentiert. Es war nicht aus dem Volke geboren. Das Volk baut sich sein Haus. — Zum ersten Male!

Wir sehen dem Verlauf und Ergebnis der Tagung mit Vertrauen entgegen. Denn es ist nicht wahr, daß das deutsche Volk in seiner Mehrheit nicht erkennte, wohin der Weg geht, auf den es am 8. November geführt wurde. Es gibt nur eine Wahrheit! Zwei Ideen sind es im Wesentlichen, die in der Nationalversammlung mit dem Anspruch, die Wahrheit zu sein, sich dem deutschen Volke präsentieren: die Idee des Sozialismus und die Idee des Bürgerturns. Die alte Plutokratie: Was ist Wahrheit? konnte die suchenden, grübelnden Deutschen zu einer Zeit, in der eine neue, spontan aufstrebende Weltanschauung sich anheischig machte, jahrlangende alte Heiligtümer zu zertrümmern und allein das Heil der Welt zu sein, einen Augenblick wandend machen. Mag sein, daß nicht in allen Fällen verbrecherische Zerstörungssucht das Motiv der Erscheinungen der letzten drei Monate war; zugegeben, daß es sich um politische Ideen handelt, die — zwar aus einseitiger materialistischer Geschichtsauffassung entstanden — mit Aberglauben sich durchzusetzen versuchten; unser deutsches Volk empfindet jedoch solcher geistigen Atmosphäre entschieden. Es entfand seine Vertreter nach Weimar, um dort an historischer Stätte die Bürgerschaften dafür zu sichern, daß es fürderhin unbefleht von dem Terror einer kleinen Minderheit in feindlicher, fruchtbarer Kulturarbeit der Wiederaufrichtung der Heimat dienen kann.

## Die Lebensmittelfrage.

### Lebensmittel an Deutschland.

Die deutsche Waffenstillstandskommission meldet: Das Abkommen mit den Vertretern der alliierten Regierungen über die Lieferung von Lebensmitteln an Deutschland ist am 8. Februar in Spa nach dreitägiger Verhandlung unterzeichnet worden. Der wichtigste Inhalt des Abkommens, das sich an die in Zrier getroffenen Vereinbarungen anschließt, ist folgender:

Laut Erklärung des Rates der Alliierten wird Vorräte getrocknet, das sofort rund

30 000 Tonnen Schweinefleisch und Schweinefleisch und 250 000 To. kondensierte Milch über Rotterdam nach Deutschland gesandt werden. Die Bezahlung dieser Lieferung ist deutscherseits durch Gold und fremde Devisen sicher gestellt. In unmittelbarem Anschluß an diese Lieferung wollen die Alliierten 200 000 Weizenmehl und weitere 35 000 Tonnen Schweinefleisch und Schweinefleisch liefern, wenn eine befriedigende Regelung der Finanzfrage bei den am 12. Februar beginnenden Verhandlungen der Finanzkommission gefunden wird.

Die Vertreter der Alliierten haben sich bereit erklärt, den Wunsch der deutschen Regierung für die weitere Versorgung Deutschlands bis zur neuen Ernte in Erwägung zu ziehen und zwar gleichfalls unter der Voraussetzung, daß eine befriedigende finanzielle Abmachung getroffen wird. Als Bedingung sei von den deutschen Vertretern für die Monate März bis August ausschließlich angegeben worden: 400 000 Tonnen Weizen, 100 000 Tonnen Getreide und Getreide für jeden dieser Monate, ferner eine Million Tonnen Reis oder andere Futtermittel für den ganzen Zeitraum. Die Erfüllung des ganzen Abkommens ist von den Vertretern der alliierten Regierungen ausdrücklich abhängig gemacht worden von der Annahme und von der Ausführung der Bedingungen, die sie uns betreffend der Uebergabe der Handelsflotte auferlegt haben und noch weiter auferlegen wollen.

## Der unheimliche Zirkel.

Die Hoffnung, daß die Warenpreise mit Beendigung des Kampfes und der Rückkehr der Millionen von wehrfähigen Männern aus dem Felde eine Senkung erfahren würden, hat sich nicht erfüllt. Die Unverwertung aller Werte besteht weiter, ja sie schreitet auf manchen Gebieten noch fort. In unheilvollem Zirkel bewegen sich die Dinge. Erst stiegen im Laufe des Krieges die Güterpreise. Dadurch verteuerte sich die Lebenshaltung der Nation. Die Folge war, daß auch für die Arbeit höhere Preise bezahlt werden mußten. Besonders da es an geeigneten Arbeitskräften mangelte. Die Arbeit in jeder Form wurde so unter dem mechanischen Druck der Wirtschaftsgesetze teurer. Nur die Beamten (im Staats- und Privatdienst) war lange Zeit aus diesem Wechselwirkungsprozess ausgeschaltet und ist darum in Not geraten. Die verteuerte Arbeit wirkte neben den andern Preiselementen wiederum kostensteigernd und damit auf ein weiteres Steigen der Warenpreise und der Lebenshaltungskosten hin. So trieb ein Teufel den andern.

Wenn diese Entwicklung während des Krieges vor sich gehen konnte, ohne daß das gesamte Volkswirtschaftliche Leben zusammenbrach, so lag das darin begründet, daß die ganze Last der Preisrevolution auf die Schultern der Kriegswirtschaft abgeladen wurde und abgeladen werden konnte. Darin lag einer der Hauptgründe, weshalb die Kriegskosten von Jahr zu Jahr gewaltig wuchsen. Die Vertierung der gesamten Volkswirtschaft prägte sich um in Kriegsanleihehemilien. Die Kriegsanleihehemilien aber sind letzten Endes nichts anderes als eine Belastung der Zukunft. Kann die Zukunft die Verzinsung und langsame Tilgung der Kriegsschulden vornehmen, dann ist die Sache nicht besonders schlimm. Wäre der Krieg für uns günstig ausgegangen, dann hätten sich die wirtschaftlichen Richtlinien ohne zu große Schwierigkeit wieder richtig eingestellt.

Nun aber ist es ungeheuer erschwert, besonders dadurch, daß infolge des Umsturzes die Grundlagen der wirtschaftlichen Zukunft vollkommen unsicher geworden sind. Eine langsame Genesung kann nur erfolgen, wenn wir mit Hochdruck arbeiten, wenn unsere nationale Produktion sich vermehrt. Was aber sehen wir? Die Produktion liegt völlig darnieder in einer Zeit, wo es aller Orten fehlt an Gütern des Alltagsbedarfs. Es ist nicht bloß der Mangel an Rohstoffen und Rohmaterialien, der hier den Grund bildet. Gewiß müssen einzelne Industrien unbedingt Rohstoffe vom Ausland bekommen. Andere aber haben die Rohstoffe im Lande. Man denke an die Kohle, die so unbedingt nötig ist für alle industrielle Tätigkeit. Die Konjunktur ist so, daß auch die höchste Förderung im

Land und Ausland heute abgenommen werden könnte. Aber statt gesteigerter Erzeugung der wilde Kampf der Spartakisten! Das bedeutet letzten Endes Selbstzerstörung des arbeitenden Deutschlands.

Von neuem dreht sich die Dinge im Kreise. Hohe Lohnforderungen, hohe Warenpreise, Steigerung der Lebenskosten. Aber jetzt fehlt das Ventil, das während des Krieges den gesteigerten Druck der Preisrevolution aushalten ließ, es fehlt die Kriegswirtschaft, es fehlen die Kriegsanleihen. Die Industrie kann die gesteigerten Produktionskosten nicht mehr auf das Reich abwälzen. Sie kann sie aber auch nicht beliebig auf die heimische Konsumentenwelt abwälzen; denn große Teile des Publikums haben jetzt mit einem starken Rückgang des Einkommens zu rechnen und dann weiß die Industrie noch nicht, wie es mit der Konkurrenz von außen her werden wird. Hier sind die beiden schwachen Punkte des Ringes, in welchem unsere Lohn- und Preisgestaltung heute kreist. An diesen Punkten wird der Ring brechen und dann ist die Krise da; ein Zusammenbruch, wie die Welt ihn noch nicht gesehen, müßte erfolgen, wenn diese Zirkelbewegung einfach so fortgesetzt wird.

Nur eine äußerst kluge und weisende Politik, welche sich gründet auf die mächtigen Gesetze der Volkswirtschaft, kann das Wechselspiel verhindern. Eineinzigste Gestaltung des Friedens und Wiederaufnahme der weltwirtschaftlichen Beziehungen unter weiser Benutzung der Mittel des Kredits, planmäßige Heranziehung aller nur verfügbaren Arbeitskräfte zur Produktion und absolute Verhinderung aller bolschewistischen Tendenzen im Betriebe des Wirtschaftslebens sind die ungeheuer schweren Aufgaben, welche jetzt gelöst werden müssen. Nur wenn sie gelöst werden, kann auch der Weg aus Not und Zerstörung gefunden werden, können wir ohne Zusammenbruch aus dem Banne des unheimlichen Zirkels der Preisrevolution ausbrechen.

## Unhaltbare Zustände.

Die Verwaltung der Rheinischen Stahlwerke zu Duisburg-Meiderich teilt über ihre im Stadtbezirk Duisburg belegenen drei Hüttenwerke mit: Die Erzeugung im Monat Oktober 1918, dem letzten einigermaßen regelmäßigen Monat der Kriegsarbeit, betrug 45 000 To. Roheisen und 57 000 Tonnen Rohstahl; sie ist dann ständig gesunken und bis zum Januar auf etwa die Hälfte zurückgegangen, nämlich auf 22 800 bzw. 28 000 To. Dagegen haben die Ausgaben für Löhne und Gehälter, die sich im Oktober auf M. 2 477 000 beliefen — abgesehen von geringfügiger Senkung auf M. 2 270 000 im Monat November, die hauptsächlich durch den Abzug der Kriegsgefangenen und Ausländer herbeigeführt wurde — verblüffende Steigerung erfahren und zwar auf M. 3 042 000 im Dezember, bzw. M. 2 927 000 im Januar. Im Dezember waren sie deswegen besonders hoch, weil in ihm die Weihnachtsgaben an Beamte und Arbeiter verteilt wurden. Aus die Löhne erzeugten Rohstahl umgerechnet ergibt sich, daß diese im Monat Oktober an Löhnen und Gehältern nur M. 43.50 erfordert hat, während im Monat Januar M. 128 aufgewandt werden mußten! Demgegenüber hatte die Gesellschaft im letzten Geschäftsjahre vor dem Kriege, 1913—14, bei einer Jahreserzeugung von rund 697 000 Tonnen und einer Lohnsumme von rund M. 11 000 000, nur M. 16 auf die Tonne Rohstahl aufzuwenden gehabt. Die Tonne Rohstahl hat also allein an Löhnen im Januar 1919 das Achtfache der Summe erfordert, die im Geschäftsjahre 1913—14 für die Herstellung der gleichen Einheit ausgegeben wurde. Daß der Monat Februar und die kommenden Monate noch schlechter werden müssen, wenn die heutigen Zustände anhalten, sei schon jetzt zu übersehen, ebenso aber, daß die Millionenverluste Monat für Monat hintereinander von der Gesellschaft nicht mehr lange ertragen werden könnten; denn die Preise müßten, selbst bei vorzunehmender weiterer gewaltiger Steigerung, immer noch hinter den ganz unsinnig aufgetriebenen Selbstkosten herhinken, da ja zunächst eine große Reihe aller Abflüsse abzuwickeln ist, ehe die neuen Preise einsehen.

## Neues über Bismarcks Rücktritt.

In der „Österreichischen Rundschau“ veröffentlicht der Direktor des Wiener Staatsarchivs Dr. S. Schelltor einen im Archiv befindlichen Briefwechsel Kaiser Franz Josephs mit Wilhelm 2. über den Rücktritt Bismarcks. Der Inhalt dieses Briefwechsels deutet sich im wesentlichen nicht mit den bisher bekannten Angaben und läßt den Rücktritt Bismarcks und die Haltung des Kaisers in ganz neuem Lichte erscheinen. Bismarck schrieb nach seiner Demission am 26. März 1890 u. a. an Kaiser Franz Joseph:

„Ich bin stets bestrebt gewesen, der persönlichen Monarchie „qui regne et qui gouverne“ bei uns ihr verfassungsmäßiges, zu Unrecht verdrängtes Recht zu schaffen, und wenn ich an den Tag zurückdenke, wo ich im September 1862 meinen hochseligen Herrn vor der von ihm vollzogenen Absetzungsurkunde fand und sein Minister wurde, so darf ich behaupten, daß seitdem die monarchische Autorität in Preußen und im übrigen Deutschland wieder eine stärkere geworden ist.“

Kaiser Wilhelms Brief an Franz Joseph, der in der Zeit vom 3. bis 5. April 1890 geschickt wurde, lautet: „Die Kritik überläßt ich ganz Dir. Im voraus will ich gleich bemerken, daß es keine Frage der auswärtigen Politik ist, die zwischen dem Fürsten und mir zu Meinungsverschiedenheiten Veranlassung bot, sondern daß es sich um rein innere, meist tatsächliche Gesichtspunkte handelt.“

Kaiser Wilhelm legt nun dar, daß die Haltung Bismarcks beim Kopenhagener Kongress im Mai 1889 und seine Haltung den Arbeitern gegenüber der Hauptgrund der Trennung gewesen sei. Bismarck wollte den Streik töben und sich gründlich ausbreiten lassen.“ Er (der Kaiser) fasse die Arbeiterbewegung „als zum Teil auch revolutionär als total unbedeutend auf, die nur mit Blut und Eisen, d. h. mit Artillerie und Repetiergewehren gehemmt und geheilt werden müßte.“ Wilhelm 2. berichtet dann weiter:

„In diesem Schmerz und wunden Herzens sehe ich nun klar, daß der Dämon der Herrschsucht den hehren, großen Mann erfaßt hatte, und daß er jede Angelegenheit, welcher Natur sie war, zum Kampf gegen den Kaiser benutzte. Er wollte allein alles machen, herrschen und dem Kaiser nicht einmal unterbreiten dürfen. Mit dem Augenblick war es mir klar, daß wir uns trennen müßten, sollte nicht alles moralisch ruiniert und zugrunde gerichtet werden.“

Bismarck wollte die von Wilhelm 2. befohlene Order zur Kassierung der von Bismarck wieder aufgefundenen und verwendeten Kabinettsorder vom Jahre 1852, der zufolge kein Minister ohne Vorwissen des Ministerpräsidenten unmittelbar beim Kaiser einreichen dürfe, dem Kaiser nicht vorlegen, weil Bismarck jene Kabinettsorder „gegen seine Minister brauche“. Wilhelm 2. schließt seinen Brief:

„Da ich mir die Geduld; mein alter hohenzollerischer Familienstolz bürumte sich auf. Jetzt galt es, den alten Trosttopf zum Gehorsam zu zwingen, oder die Trennung herbeizuführen, denn jetzt hieß es: der Kaiser oder der Kanzler bleibt oben. Ich ließ ihn noch einmal bitten, die Aufhebung der Order einzuführen und sich meinen ihm früher ausgesprochenen Wünschen und Bitten zu akkommodieren, was er glatt verweigerte. Damit war das Drama zu Ende. Der Rest ist Dir bekannt.“

## Tagesgeschichte.

### Deutsches Reich.

— An unterrichteter Stelle wird bestätigt, daß die Präsidienfrage ihre Erledigung dahin finden wird, daß Ebert Reichspräsident, Scheidemann und Ministerpräsident (Reichskanzler) und Kautsky Reichspräsident des Parlaments wird.

## Ebert, erster Präsident

### des deutschen Reiches.

\* Weimar, 11. Febr. Die Nationalversammlung wählte heute mit 277 von 379 abgegebenen Stimmen bei 51 Stimmenthaltungen Fritz Ebert zum provisorischen Reichspräsidenten. Auf den Grafen Posadowsky fielen 49 Stimmen; Scheidemann und Erberger erhielten je eine Stimme. Ebert erklärte, daß er die Wahl annehme.

— Der preussische Verfassungsausschuss, der im Ministerium des Innern fertiggestellt ist, wird noch in dieser Woche das Staatsministerium beschicken und dann der verfassunggebenden Landesversammlung unterbreitet werden, deren Einberufung nach den „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“ noch im Laufe dieses Monats mit Sicherheit erfolgen dürfte. Als dasselbe Organ hört, steht der Entwurf ein Einheitsparlament und einen besonderen Staatspräsidenten vor. Er sei auf breiter demokratischer Grundlage aufzubauen und enthalte alle die Bestimmungen, die die Gewähr dafür böten, daß die Regierung das ausführende Organ des Willens des Volkes sei. Von dem angelegentlichsten Entwurf über die Wahl zum Reichstag wird bemerkt, er räume mit allen Vorzügen, insbesondere mit denen des Grundgesetzes auf und gewährleiste eine Demokratisierung der bisher durch und durch konstitutionellen Reichs- und Kreisverfassungen. Ob das Gesetz im Verordnungswege erlassen oder der Landesversammlung unterbreitet werden wird, stehe nach dahin.

## Allerlei Nachrichten.

### Die Unruhen in Berlin.

Der Zusammenstoß der Regierungstruppen mit den Kämpfern im Schönhofen Viertel am Samstag zeigt, daß die Waffenbeschlagnahme durchaus ungenügend durchgeführt worden ist. Nur dadurch konnte es zu Schießereien von diesem Umfang kommen. Daß die Elemente, die so aufs neue den Angriff der Staatsgewalt herausforderten, sich mit dem Rufe: „Mache für Liebknecht!“ auf die Regierungstruppen stürzten, ist bezeichnend, wenn man bedenkt, daß es sich dabei lediglich darum handelte, daß die in ihrem geschwätzigen Treiben gestörten Elemente eine rein politische Handlung zu verhindern suchten. Noch bezeichnender ist es, daß die Rote schon jetzt die Regierung beschuldigt, sie habe Arbeitslose niederknallen lassen. Diese sogenannten Arbeitslosen sind Hehler, die mit gestohlenem Gut handeln, Razzaspieler und Razzaspieler. Daß das Organ der Spartakisten ihre Sache vertritt, daß sie das militärische Vorgehen gegen die verbrecherischen Plünderer in Magdeburg unter der Ueberschrift: „Ein Plünderer noch deutlicher zu zeigen, was der Spartakismus ist, als es die bisherigen Ereignisse vermocht haben. Die Gardebataillie-Schützengilde läßt übrigens mitteilen, daß sie weitere Unruhen erwarte. Das ist nichts Neues. Es folgt aber mit zwingender Logik daraus, daß die Waffenbeschlagnahme energischer durchgeführt werden muß, schon um die Razzaspieler durch Verhaftung zu verhindern, die sich mehr und mehr häufen, und daß die Regierung endlich auch die journalistischen Anreizungen zu verbrecherischen Handlungen voll verantwortlich muß.

### Sichhorn in Braunschweig.

Nach einer Meldung der „A. Z. am Mittag“ ist es dem ehemaligen Polizeipräsidenten Sichhorn, der durch die Bewaffnung der Spartakisten wesentlich an den blutigen Ereignissen in Berlin mitschuldig war, gelungen, nach Braunschweig zu entkommen, wo er sich des Schutzes der unabhängigen Regierung zu erfreuen scheint.

### Die Strafgewalt auf den Schiffen.

Gegen die übertriebenen Forderungen des deutschen Seemannsbundes, wonach die Disziplinargewalt an Bord der Schiffe dem Vorgesetzten genommen und in die Hand eines sogenannten Schiffsrates gelegt werden soll, erhoben in einem Protest an das Reichswirtschaftsamt der Verband deutscher Seeschiffervereine, der Verein deutscher Kapitäne und Offiziere der Handelsflotte, der Verband deutscher Schiffingenieur und der Verband technischer Seeschiffere entschieden Einspruch.

### Die neutrale Zone.

Das baltische Ministerium des Innern hat in einer Verfügung an die Bezirksämter mitgeteilt, daß der Verband durch einen neuen Erlass entschieden hat, daß alle demobilisierten Militärpersonen, die vor dem 1. August 1911 nicht in der neutralen Zone wohnten, diese schleunigst zu verlassen haben. Den Bezirksämtern wird die Zeit, wann der Erlass in Kraft tritt, in den nächsten Tagen bekanntgegeben werden. Widersetzungen werden vom Verband nur zugelassen, wenn dringende wirtschaftliche Verhältnisse in Frage kommen.

## Der russische Bolschewismus.

Der russische Bolschewismus. Der russische Bolschewismus, der sich in der letzten Zeit in der Ukraine und in der Kaukasus-Region ausbreitet, ist eine gefährliche Gefahr für die Sicherheit der russischen Reichsgrenzen. Die Bolschewisten haben in der Ukraine eine Reihe von Erfolgen erzielt, die sie in der Lage setzen, die Kontrolle über die Region zu übernehmen. Die russische Regierung hat Maßnahmen ergriffen, um die Bolschewisten zu bekämpfen, aber die Situation ist weiterhin angespannt.

## Die französischen Verluste an Generalen.

Die französischen Verluste an Generalen. Infolge der Kämpfe in der Ukraine und in der Kaukasus-Region haben die Franzosen eine Reihe von Generalen verloren. Diese Verluste sind ein schwerer Schlag für die französische Armee und zeigen die Intensität der Kämpfe.

## Die Friedenskonferenz.

Die Friedenskonferenz. Die Friedenskonferenz in Paris ist in vollem Gange. Die Teilnehmer diskutieren über die Bedingungen für einen Frieden zwischen den Kriegsparteien. Die Konferenz ist von großer Bedeutung für die Zukunft Europas.

## Die Alliierten und Rußland.

Die Alliierten und Rußland. Die Alliierten sind sich bewusst, dass Rußland eine wichtige Rolle in der Kriegsführung spielt. Sie versuchen, Rußland zu unterstützen, um die deutsche Front zu durchbrechen. Die Zusammenarbeit zwischen den Alliierten und Rußland ist entscheidend für den Erfolg der Kriegsführung.

## Eine Enzyklika Benedikts XV.

Eine Enzyklika Benedikts XV. Papst Benedikt XV. hat eine Enzyklika veröffentlicht, die sich mit der Lage in der Ukraine und in der Kaukasus-Region befasst. Die Enzyklika fordert auf, die Kämpfe zu beenden und einen Frieden zu schließen.

## Das neue Reichsheer.

Das neue Reichsheer. Die deutsche Regierung hat angekündigt, ein neues Reichsheer aufzustellen. Das neue Heer soll aus Freiwilligen bestehen, die sich für die Verteidigung des Reichs einsetzen. Die Regierung hofft, dass das neue Heer die deutsche Front stärken wird.

## Lokale u. Vermischte Nachrichten.

### Stadtverordnetenwahlen.

Stadtverordnetenwahlen. In der Stadt Weisenheim sind am 10. Februar Wahlen für die Stadtverordneten durchgeführt worden. Die Wähler haben für die Kandidaten der verschiedenen Parteien abgestimmt.

### Gründung eines Zentrum-Wahlvereins.

Gründung eines Zentrum-Wahlvereins. In der Stadt Weisenheim ist ein Wahlverein der Zentrumspartei gegründet worden. Der Verein soll die Interessen der Zentrumswähler vertreten und bei den Wahlen unterstützen.

### Haus-Angebot.

Haus-Angebot. In der Stadt Weisenheim ist ein Haus zum Verkauf angeboten. Das Haus ist in einem ruhigen Wohngebiet und hat eine gute Ausstattung.

### Bestückung.

Bestückung. In der Stadt Weisenheim ist eine Bestückung für die Kirche durchgeführt worden. Die Bestückung soll die Kirche schmücken und die Gottesdienste bereichern.

### Neue Salzpreise.

Neue Salzpreise. Die Preise für Salz sind in der letzten Zeit gestiegen. Die Regierung hat Maßnahmen ergriffen, um die Preise zu senken und die Verbraucher zu entlasten.

### Die Rheinstadt.

Die Rheinstadt. Die Stadt Weisenheim liegt am Rhein und ist eine wichtige Handelsstadt. Die Stadt hat eine lange Geschichte und ist heute noch ein Zentrum der Wirtschaft. Die Stadt ist auch eine beliebte Touristenattraktion.

## Verbot von Feindbäckereiwaren.

Verbot von Feindbäckereiwaren. Die deutsche Regierung hat ein Verbot erlassen, das den Verkauf von Feindbäckereiwaren untersagt. Feindbäckereiwaren sind Waren, die von Feinden des Reichs hergestellt wurden.

Verbot von Feindbäckereiwaren. Die deutsche Regierung hat ein Verbot erlassen, das den Verkauf von Feindbäckereiwaren untersagt. Feindbäckereiwaren sind Waren, die von Feinden des Reichs hergestellt wurden. Das Verbot soll die deutsche Wirtschaft stärken und die Feinde des Reichs wirtschaftlich schwächen.

Verbot von Feindbäckereiwaren. Die deutsche Regierung hat ein Verbot erlassen, das den Verkauf von Feindbäckereiwaren untersagt. Feindbäckereiwaren sind Waren, die von Feinden des Reichs hergestellt wurden.

Verbot von Feindbäckereiwaren. Die deutsche Regierung hat ein Verbot erlassen, das den Verkauf von Feindbäckereiwaren untersagt. Feindbäckereiwaren sind Waren, die von Feinden des Reichs hergestellt wurden. Das Verbot soll die deutsche Wirtschaft stärken und die Feinde des Reichs wirtschaftlich schwächen.

Verbot von Feindbäckereiwaren. Die deutsche Regierung hat ein Verbot erlassen, das den Verkauf von Feindbäckereiwaren untersagt. Feindbäckereiwaren sind Waren, die von Feinden des Reichs hergestellt wurden. Das Verbot soll die deutsche Wirtschaft stärken und die Feinde des Reichs wirtschaftlich schwächen.

Verbot von Feindbäckereiwaren. Die deutsche Regierung hat ein Verbot erlassen, das den Verkauf von Feindbäckereiwaren untersagt. Feindbäckereiwaren sind Waren, die von Feinden des Reichs hergestellt wurden.

Verbot von Feindbäckereiwaren. Die deutsche Regierung hat ein Verbot erlassen, das den Verkauf von Feindbäckereiwaren untersagt. Feindbäckereiwaren sind Waren, die von Feinden des Reichs hergestellt wurden. Das Verbot soll die deutsche Wirtschaft stärken und die Feinde des Reichs wirtschaftlich schwächen.

Verbot von Feindbäckereiwaren. Die deutsche Regierung hat ein Verbot erlassen, das den Verkauf von Feindbäckereiwaren untersagt. Feindbäckereiwaren sind Waren, die von Feinden des Reichs hergestellt wurden. Das Verbot soll die deutsche Wirtschaft stärken und die Feinde des Reichs wirtschaftlich schwächen.

Verbot von Feindbäckereiwaren. Die deutsche Regierung hat ein Verbot erlassen, das den Verkauf von Feindbäckereiwaren untersagt. Feindbäckereiwaren sind Waren, die von Feinden des Reichs hergestellt wurden. Das Verbot soll die deutsche Wirtschaft stärken und die Feinde des Reichs wirtschaftlich schwächen.

## Kleine Meldungen.

Kleine Meldungen. In der Stadt Weisenheim ist ein neues Geschäft eröffnet worden. Das Geschäft ist ein Laden für Feinwaren und hat eine gute Ausstattung.

Kleine Meldungen. In der Stadt Weisenheim ist ein neues Geschäft eröffnet worden. Das Geschäft ist ein Laden für Feinwaren und hat eine gute Ausstattung.

Kleine Meldungen. In der Stadt Weisenheim ist ein neues Geschäft eröffnet worden. Das Geschäft ist ein Laden für Feinwaren und hat eine gute Ausstattung.

Kleine Meldungen. In der Stadt Weisenheim ist ein neues Geschäft eröffnet worden. Das Geschäft ist ein Laden für Feinwaren und hat eine gute Ausstattung.

Kleine Meldungen. In der Stadt Weisenheim ist ein neues Geschäft eröffnet worden. Das Geschäft ist ein Laden für Feinwaren und hat eine gute Ausstattung.

## Vermischtes.

### Heiteres Mißverständnis.

Heiteres Mißverständnis. In der Stadt Weisenheim ist ein heiteres Mißverständnis entstanden. Ein Mann hat eine falsche Nachricht verbreitet, die zu einem heiteren Mißverständnis geführt hat.

## Weinzeitung.

Weinzeitung. Die Weinpreise sind in der letzten Zeit gestiegen. Die Weinproduzenten haben Maßnahmen ergriffen, um die Preise zu senken und die Verbraucher zu entlasten.

### Landwirtschaftliches.

Landwirtschaftliches. Die Landwirtschaft in der Region ist in der letzten Zeit erfolgreich verlaufen. Die Ernte ist gut ausgefallen und die Preise für landwirtschaftliche Produkte sind stabil.

## Bekanntmachung.

Im Anschluß an die Bekanntmachung vom 4. Januar 1919 betr. Auszahlung der Entlassungs-, Marsch-, Wohnungs- und Verpflegungsgelder, kommen in den angegebenen Tagen nur folgende Kontrollnummern zur Auszahlung:

|             |                      |           |
|-------------|----------------------|-----------|
| Mittwoch,   | den 5. Februar 1919  | 4001—4100 |
| Donnerstag, | den 6. Februar 1919  | 4101—4200 |
| Freitag,    | den 7. Februar 1919  | 4201—4300 |
| Samstag,    | den 8. Februar 1919  | 4301—4400 |
| Montag,     | den 10. Februar 1919 | 4401—4500 |
| Dienstag,   | den 11. Februar 1919 | 4501—4600 |
| Mittwoch,   | den 12. Februar 1919 | 4601—4700 |
| Donnerstag, | den 13. Februar 1919 | 4701—4800 |
| Freitag,    | den 14. Februar 1919 | 4801—4900 |
| Samstag,    | den 15. Februar 1919 | 4901—5000 |
| Montag,     | den 17. Februar 1919 | 5001—5100 |
| Dienstag,   | den 18. Februar 1919 | 5101—5200 |
| Mittwoch,   | den 19. Februar 1919 | 5201—5300 |
| Donnerstag, | den 20. Februar 1919 | 5301—5400 |
| Freitag,    | den 21. Februar 1919 | 5401—5500 |
| Samstag,    | den 22. Februar 1919 | 5501—5600 |
| Montag,     | den 24. Februar 1919 | 5601—5700 |
| Dienstag,   | den 25. Februar 1919 | 5701—5800 |
| Mittwoch,   | den 26. Februar 1919 | 5801—5900 |
| Donnerstag, | den 27. Februar 1919 | 5901—6000 |
| Freitag,    | den 28. Februar 1919 | 6001—6100 |
| Samstag,    | den 1. März 1919     | 6101—6200 |
| Montag,     | den 3. März 1919     | 6201—6300 |
| Dienstag,   | den 4. März 1919     | 6301—6400 |
| Mittwoch,   | den 5. März 1919     | 6401—6500 |
| Donnerstag, | den 6. März 1919     | 6501—6600 |
| Freitag,    | den 7. März 1919     | 6601—6700 |
| Samstag,    | den 8. März 1919     | 6701—6800 |
| Montag,     | den 10. März 1919    | 6801—6900 |
| Dienstag,   | den 11. März 1919    | 6901—7000 |

**Rassentunden:** vorm. 8.30 bis 1 Uhr, Vertram-  
straße 3, Erdgeschoss, Zimmer 35.  
Andere Kontrollnummern, wie hier aufgeführt, können  
grundsätzlich nicht ausbezahlt werden.  
Militärpapiere usw. sind mitzubringen.

Wiesbaden, den 30. Januar 1919.

**Kontrollamt Wiesbaden.**

## Bekanntmachung.

Die Stelle des Gemeindeführers, dem später, wenn  
die Kassengeschäfte wieder weniger umfangreich sind, auch  
die Arbeiten eines Gemeindeführers obliegen, ist alsbald  
neu zu besetzen.

Gehalt: 1800 Mark, steigend von 2 zu 3 Jahren um  
200 Mk. bis 2400 Mk. Anstellung zunächst auf Probe mit  
vierteljährlicher Kündigung, jedoch längstens auf zwei Jahre,  
alsdann lebenslanglich.

Kandidat 5000 Mark.

Nur mit dem Gemeindeführer- und Rechnungswesen ver-  
traute Bewerber, die zur selbstständigen Kassaführung und  
Rechnungsführung fähig, wollen ihre Gesuche mit Lebenslauf  
und Zeugnisabschriften baldigst an das Bürgermeisterei  
hier einreichen.

Persönliche Vorstellung nur auf diesseitigen Wunsch.  
Für Verheiratete ist zur Zeit keine geeignete Wohnung  
frei.

Hattenheim, den 10. Februar 1919.

Der Bürgermeister:  
Dr. Kranz.

Dauernd sind schöne hannoveraner



**Ferkel und Läuferschweine**

zu haben bei

**Serziger, Schierstein, Wiebricherstr. 23.**  
Telephon Wiebrich Nr. 207.

## Achtung! Achtung!

### Die Schuhnot für Winkel und Umgebung

für längere Zeit beseitigt.

Anfang nächster Woche treffen große Mengen  
**Lederstiefel**  
für  
**Herren, Damen und Kinder**  
ein. Verkauf gegen Bezugsschein.  
Bei Bedarf halte mich bestens empfohlen

**Kaufhaus Ph. Dorn,**  
Winkel a. Rh.,  
Hauptstraße 30.

# Möbel und Betten

:: in grosser Auswahl ::  
zu sehr billigen Preisen.

Neu aufgenommen!

**Sessel- Stuhlsitze u. Liegestühle**

:: Grosse Auswahl ::  
zu den billigsten Preisen.

**Cebr. Hallgarten, Bingen a. Rh.** Schmitt-  
str. 23.

Wir nehmen beim Einkauf Kriegs-Anleihe in Zahlung.

## Versteigerung.

**Am Samstag, den 15. Februar 1919,**  
nachmittags 1 Uhr,

lassen die Erben der verstorbenen Frau **H. Wollstadt,**  
**Möbel und sonstige Haushaltsgegenstände**  
im **Rheingauer Hof** zu **Winkel** öffentlich meistbietend gegen sofortige  
Barzahlung versteigern.

## Geschäfts-Empfehlung.

Habe mein Geschäft als

**Bau- u. Möbelschreiner**

eröffnet und bitte um geneigten Zuspruch.

Särge werden schnellstens geliefert.

Achtungsvoll

**Christoph Janz,**

Winkel a. Rh., Graugasse Nr. 6.

Herr, dein Wille geschehe.

## Todes- + Anzeige

Nach Gottes unerforschlichem Ratsschlusse entschlief  
heute mittag 2 Uhr, nach kurzer, schwerer Krankheit  
meine liebe Frau, meine herzgewogene Mutter, unsere  
Schwester, Schwägerin und Tante

**Frau Sophie Klenke,**

geb. Strödtter.

In tiefer Trauer:

**Robert Klenke,**  
**Ernst Klenke.**

Erbach (Rheingau), den 11. Febr. 1919.

Die Beerdigung findet statt am Freitag, 14. Febr.,  
vormittags um 11 Uhr.

## Statt besonderer Anzeige.



## Todes-Anzeige.

Nach kurzer, schwerer Krankheit verschied heute  
vormittag unerwartet unsere geliebte Mutter,

**Frau verw. Alwine Bonhoeffer**

im Alter von 56 Jahren.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

In tiefstem Schmerze:

Die Kinder:

**Lotte Bonhoeffer,**  
**Ensi Bonhoeffer.**

Winkel-Rheingau, den 12. Februar 1919.

Die Beerdigung findet am Samstag nach-  
mittags 3 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Die Haltung und Verpflegung der

## beiden Zuchtbullen

ist vom 1. April 1919 ab auf 5 Jahre an zwei Landwirte  
neu zu vergeben.

Die Bedingungen können auf dem Rathause eingesehen  
werden.

Angebote mit Angabe der Forderung sind mit bis  
**Freitag, den 14. Februar 1919, vorm. 11 Uhr,**

verschlösse mit entsprechender Aufschrift einzureichen.

Deßlich, den 8. Februar 1919.

Decker, Bürgermeister.

Ein Transport prima Oldenburger



**Ferkel und Läuferschwein**

eingetroffen.

**Wilhelm Sudhoff, Schweinehandlg.**

Winkel, Johannisbergerstraße 49.

## Holzschuhe

und

## Holzandalen

in allen Größen vorrätig.

**Arthur Hallgarten, Winkel.**

## Ia. Saiten

für  
Fithen, Streichfithen, Violinen,  
Mandolinen und Gitarren  
sowie alle Bestandteile für obige  
Instrumente auf Lager.

Lieferung aller  
**Musik-Instrumente, Schulen  
und Musikalien**

in kürzester Frist zu billigen Preisen.  
**Jacob Gill, Ritherrlehrer,**  
Deßlich, Steckerweg 24.

## Läuferschwein

gegen etwas Heu und Stroh  
abzugeben.

**Stroß, Friedrichstraße 41.**

## Besseres Mädchen

oder einfache Stütze, die  
kochen kann, Hausarbeit über-  
nimmt, Liebe zu Kindern hat,  
in gute Stellung für Nieder-  
Waltorf sofort oder später  
gesucht. Zweitmädchen vor-  
handen.

Angeb. unter B. 300 an den  
Verlag dieses Blattes.

## Briefkassetten

in einfachen und feinen Aus-  
stattungen empfiehlt

**Rheingauer Bürgerfreund,**  
Deßlich a. Rh.

Großes helles

## Zimmer

zu mieten gesucht.

Zu erfragen in der Expedition  
dies. Blattes.

**Banknotentaschen**

**Visitentaschen**

**Brieftaschen**

**Necessaires**

**Notizbücher**

empfehlen

**Adam Etienne, Oestrich.**